

Kleine Anfrage

der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU

und

Antwort

**des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie,
Frauen und Senioren**

Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fach- beratungsstellen in Baden-Württemberg zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet sie den im Jahr 2007 landesweit umgesetzten Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in Baden-Württemberg zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung im Hinblick auf aktuelle Herausforderungen?
2. Trägt der Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in Baden-Württemberg zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung nach wie vor zu einem koordinierten, strukturierten und konsequenten Vorgehen aller Beteiligten bei oder ist sie der Ansicht, dass der Leitfaden einer Fortschreibung bedarf?
3. Geht der Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in Baden-Württemberg zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung auch auf den Umgang mit minderjährigen Opfern ein?
4. Geht der Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in Baden-Württemberg zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung auch auf den Menschenhandel innerhalb Deutschlands ein?

5. Ist der Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in Baden-Württemberg zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung auch auf Fälle von Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft anwendbar?
6. Klärt der Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in Baden-Württemberg zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung hinreichend die behördliche Zuständigkeit im Hinblick auf betroffene EU-Bürgerinnen und EU-Bürger?
7. Wenn sie der Ansicht ist, dass der Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in Baden-Württemberg zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung einer Fortschreibung bedarf, wie wird diese organisiert (mit Angabe, welche Einrichtungen daran beteiligt werden und mit welchem zeitlichen Verlauf zu rechnen ist)?
8. Haben andere Bundesländer ebenfalls einen Leitfaden bzw. ein Konzept für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und worin unterscheiden sich diese vom baden-württembergischen Leitfaden?

21.08.2014

Gurr-Hirsch CDU

Begründung

Der Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in Baden-Württemberg zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung soll für Behörden und Fachberatungsstellen eine Hilfestellung sein. Seit dem Jahr 2007 hat sich der Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung allerdings verändert. Außerdem werden zunehmend Fälle von Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung bekannt. Daher ist es angezeigt, den Leitfaden auf Aktualität zu hinterfragen.

Antwort

Mit Schreiben vom 28. Oktober 2014 Nr. 0141.5/15/5651 beantwortet das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren im Einvernehmen mit dem Innenministerium und dem Ministerium für Integration die Kleine Anfrage wie folgt:

Ich frage die Landesregierung:

- 1. Wie bewertet sie den im Jahr 2007 landesweit umgesetzten Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in Baden-Württemberg zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung im Hinblick auf aktuelle Herausforderungen?*
- 2. Trägt der Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in Baden-Württemberg zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung nach wie vor zu einem koordinierten, strukturierten und konsequenten Vorgehen aller Beteiligten bei oder ist sie der Ansicht, dass der Leitfaden einer Fortschreibung bedarf?*

Ein Kooperationsleitfaden kann zu einem besseren Zusammenwirken der beteiligten Behörden und Stellen beitragen. Der europäische Integrationsprozess ist seit dem Jahr 2007 allerdings weiter vorangeschritten. Beim Menschenhandel haben sich zum Teil neue Problemregionen und Problemfelder eröffnet. Der Leitfaden aus dem Jahr 2007 sollte deshalb aus Sicht der Landesregierung auf Aktualisierungs- und Optimierungsbedarf in sachlicher und rechtlicher Hinsicht überprüft werden.

- 3. Geht der Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in Baden-Württemberg zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung auch auf den Umgang mit minderjährigen Opfern ein?*

Der Leitfaden gilt auch für minderjährige Opfer, enthält für diese aber keine speziellen Regelungen.

- 4. Geht der Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in Baden-Württemberg zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung auch auf den Menschenhandel innerhalb Deutschlands ein?*

Nein, der Leitfaden geht nicht auf den Menschenhandel innerhalb Deutschlands ein.

- 5. Ist der Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in Baden-Württemberg zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung auch auf Fälle von Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft anwendbar?*

Der Leitfaden von 2007 findet auf die Opfer von Menschenhandel zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft (§ 233 StGB) keine Anwendung (vgl. Seite 4 des Leitfadens).

6. Klärt der Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in Baden-Württemberg zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung hinreichend die behördliche Zuständigkeit im Hinblick auf betroffene EU-Bürgerinnen und EU-Bürger?

Der Leitfaden von 2007 beschreibt die behördliche Zuständigkeit. Geregelt werden diese aber im SGB II/XII oder im Asylbewerberleistungsgesetz. Danach kommt es jeweils grundsätzlich auf den gewöhnlichen Aufenthalt der erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person bzw. auf den tatsächlichen Aufenthaltsort zum Zeitpunkt der behördlichen Entscheidung an.

7. Wenn sie der Ansicht ist, dass der Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in Baden-Württemberg zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung einer Fortschreibung bedarf, wie wird diese organisiert (mit Angabe, welche Einrichtungen daran beteiligt werden und mit welchem zeitlichen Verlauf zu rechnen ist)?

Eine Überprüfung des Leitfadens aus dem Jahr 2007 ist angezeigt. Menschenhandel ist eine besonders entwürdigende Erscheinungsform der professionellen, häufig organisierten Kriminalität. Opfer sind vor allem Frauen und Mädchen, die zur Prostitution gezwungen werden. Insofern müssen in einen neu gefassten Leitfaden die gesetzlichen Maßnahmen berücksichtigt werden, die der Bund ergreifen will, um die in der Prostitution Tätigen besser zu schützen. Der Bund will hierzu ein Prostituiertenschutzgesetz schaffen, das einen neuen rechtlichen Rahmen für die Ausübung der Prostitution und auch neue Zuständigkeiten schaffen wird. Nach derzeitigem Informationsstand soll das Gesetz noch bis Ende 2014 erarbeitet und bis etwa zur Jahresmitte 2015 verkündet werden. Es muss davon ausgegangen werden, dass Zuständigkeitsregelungen der Länder notwendig werden können und ein Inkrafttreten von Neuregelungen erst im Jahr 2016 zu erwarten ist.

Zudem sind im Koalitionsvertrag auf Bundesebene weitere gesetzliche Verbesserungen im Bereich des Menschenhandels vorgesehen, und zwar:

- Reform der Menschenhandelsstraftatbestände,
- gesetzliche Verbesserungen im Aufenthaltsgesetz,
- Verbesserung für Menschenhandelsopfer bei Sozialleistungen.

Eine Neufassung bzw. Fortschreibung des Leitfadens ist erst dann angezeigt und zielführend, wenn diese gesetzlichen Neuregelungen in Kraft getreten sind. An einer Überarbeitung des Leitfadens für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in Baden-Württemberg zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung wären dann im Wesentlichen die Ministerien und Stellen zu beteiligen, die auch am Leitfaden 2007 mitgewirkt haben.

8. *Haben andere Bundesländer ebenfalls einen Leitfaden bzw. ein Konzept für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und worin unterscheiden sich diese vom baden-württembergischen Leitfaden?*

Zur Beantwortung dieser Frage wurde eine Länderabfrage veranlasst. Die wesentlichen Ergebnisse der Abfrage lassen sich wie folgt zusammenfassen:

13 Bundesländer haben sich an der Abfrage beteiligt. „Kooperationskonzepte“ gibt es in zwölf Bundesländern. Dies allerdings in sehr unterschiedlicher Ausprägung. Die Bandbreite reicht von schlichten Handreichungen des Amtes für soziale Dienste, die sich lediglich an EU-Drittstaatlerinnen richten, über Runderlasse bis hin zu gemeinsam erarbeiteten Leitfäden wie in Baden-Württemberg.

In Vertretung

Lämmle

Ministerialdirektor